

Erste Sitzung.

Geschehen, Frankfurt den 10. Januar 1822.

In Gegenwart

Von Seiten Oesterreichs: des Kaiserlich-Königlichen wirklichen Geheimen Raths, Herzog von Ruol-Schauenstein;

Von Seiten Preussens: des Königlich wirklichen geheimen Staats- und Cabin Ministers, Herrn Grafen von der Goltz;

Von Seiten Baierns: des Königlich wirklichen Herrn Staatsraths, Freiherrn v. Aret

Von Seiten Sachsens: des Königlich wirklichen Geheimen Raths, Herrn von Carlow

Von Seiten Hannovers: des Königlich Geheimen Raths, Herrn von Hammerste

Von Seiten Württembergs: des Königlich Herrn Staatsministers, Freiherrn Wangenheim;

Von Seiten Badens: des Großherzoglichen Herrn Bundestagsgesandten und Kammerherrn, Freiherrn von Blittersdorff;

Von Seiten Kurhessens: des Kurfürstlichen Geheimen Raths und Kammerherrn, Herrn von Lepel;

Von Seiten des Großherzogthums Hessen: des Großherzoglichen Geheimen Raths, Herrn von Harnier;

Von Seiten Dänemarks, wegen Holstein und Lauenburg: des Königlich-Dänischen geheimen Conferenzraths, Herrn Grafen von Eyben;

Von Seiten der Niederlande, wegen des Großherzogthums Luxemburg: Königlich-Niederländischen Generalleutenants, Herrn Grafen von Grünne;

Von Seiten der Großherzoglich- und Herzoglich-Sächsischen Häuser: Großherzoglich- und Herzoglich-Sächsischen wirklichen Geheimen Raths, Herrn Grafen von Beust;

Von Seiten Braunschweigs und Nassau's: des Herzoglich-Nassauischen Herrn Staatsministers, Freiherrn von Marschall;
 Von Seiten von Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz: des Großherzoglich-Mecklenburg-Strelitzischen Staatsministers, Herrn von Penz;
 Von Seiten Holstein-Oldenburgs, Anhalts und Schwarzburgs: des Herzoglich-Holstein-Oldenburgischen Kammerherrn, Herrn von Both;
 Von Seiten von Hohenzollern, Liechtenstein, Reuß, Schaumburg-Lippe, Lippe und Waldeck: des Großherzoglich-Hessischen Herrn Geheimen Raths, Freiherrn von Leonhardi;
 Von Seiten der freien Städte, Lübeck, Frankfurt, Bremen und Hamburg: des Herrn Syndicus Dr. Danz;
 und meiner, des Kaiserlich-Oesterreichischen wirklichen Hofraths und Canzlei-Directors, Freiherrn von Handel.

§. 1.

Neue Vollmacht des Herrn Bundestagsgesandten, Grafen von Beust, für Sachsen-Meiningen.

Präsidium zeigt an: der Großherzoglich und Herzoglich-Sächsische Bundestagsgesandte und wirkliche Geheime Rath, Herr Graf von Beust, habe sich, nach erfolgtem Regierungs-Antritte des nunmehr großjährigen Herzogs zu Sachsen-Meiningen, mittelst neuer Vollmacht Sr. Durchlaucht des Herzogs Bernhard Erich Freund, d. d. Meiningen den 2. Januar 1822, legitimirt.

Die Vollmacht wurde verlesen und hierauf

b e s c h l o s s e n :

dieselbe in das Bundesarchiv zu hinterlegen und beglaubigte Abschrift hiervon dem Herrn Bundestagsgesandten Grafen von Beust zuzustellen.

§. 2.

Freiherrn R. von Martens Werk: «Manuel diplomatique ou précis des droits et des fonctions des Agens diplomatiques. 1822».

Präsidium: verliest ein Schreiben des Freiherrn R. von Martens zu Berlin, womit derselbe der hohen Bundesversammlung ein Werk übersendet, unter dem Titel:

«Manuel diplomatique ou précis des droits et des fonctions des Agents diplomatiques. 1822».

und nach dessen Antrage wurde

b e s c h l o s s e n :

dem Verfasser den Dank der Bundesversammlung dafür zu erkennen zu geben.

§. 3.

Alphabetisches Register über die Bundestagsverhandlungen v. 1. Dec. 1816 bis Ende 1821, von dem Legations-Secretär Adolph F. von Holzhausen.

(29. Sitz. §. 217 v. J. 1821.)

Präsidium: übergiebt hiernächst das von dem Legations-Secretär, Frhrn. von Holzhausen, in Folge Beschlusses vom 26. Juli v. J. bis Ende des erwähnten Jahres gesetzte alphabetische Register der Verhandlungen des deutschen Bundestages, und nach Antrage wurde hierauf

b e s c h l o s s e n :

den Herrn Bundestagsgesandten Freiherrn von Arctin zu ersuchen, sich der Vorlage dieses Registers vor dessen Abdrucke gefälligst zu unterziehen.

§. 4.

Vertheilung einer Schuld des deutschen Großpriorats des Johanniterordens an das Haus Lindenlampf und Olfers zu Münster.

(22. Sitz. §. 161 v. J. 1821.)

Preussen. In Bezug auf die in der 22. vorjährigen Sitzung abgelegte Erklärung die Vertheilung der Johanniterordens-Schuld bei dem Handlungshause Lindenlampf und Olfers zu Münster betreffend, kann die Gesandtschaft nunmehr die nähere diesseitige Stimmung dahin erklären: daß, was

- 1) die auf die Commende Herford und Lage fallende Rate von 4,366 fl. Preussen wegen Herford, nach dem geschehenen Vorschlage, 1,000 fl. zahle; und was
- 2) die Commenden Wesel und Borken betrifft, die Theilnahme der Preussischen Regierung und des Fürsten von Salm, mit Vorbehalt näherer Verhandlung, nach dem Verhältnisse von 10 zu 7 angesetzt werde, so daß der Fürst von Salm mit $\frac{7}{17}$ als Schuldner Wesel und Borken aufzuführen ist.

Ausserdem ist die Gesandtschaft noch angewiesen, den Wunsch baldiger und vollständiger Auseinandersetzung und Vereinigung zur Tilgung der gedachten Schuld von Seiten der preussischen Regierung auszudrücken.

Diese Erklärung wurde der Reclamations-Commission zugestellt.

§. 5.

Forderung an die vormalige Reichs-Operationscaffe.

(33. Sitz. S. 254 v. J. 1821.)

Der Königlich-Preussische Gesandte, Herr Graf von der Goltz: übergibt die Bemerkungen seiner Regierung auf das in der 17. Sitzung vom 12. April v. J. von der betreffenden Commission über die Forderungen an die ehemalige Reichs-Operationscaffe erstattete Gutachten, womit sich dieselbe im Wesentlichen einverstanden erklärte.

Hierauf wurde

b e s c h l o s s e n :

diese Bemerkungen loco dictaturae drucken zu lassen, und der Commission zuzustellen.

§. 6.

Instructions-Einholung betreffend.

Preussen. Wenn der Königlich-Preussische Bundestagsgesandte sich veranlaßt sieht, auf die, Namens seines allerhöchsten Hofes, in der 33. Sitzung abgegebene Erklärung nochmals zurückzukommen; so geschieht es weder in Beziehung auf die Beschwerdesache an und für sich, noch auf die bestrittene Competenz, sondern in Beziehung auf dasjenige, was bei diesem Anlasse über eine erforderlich erachtete Instructions-Einholung mißdeutend geäußert, auch mit einer Eröffnung solcher, den Gegenstand der Instructions-Einholung überhaupt betreffenden Ansichten begleitet worden, denen man dießseits, im Hinblick auf eine, hier auszubildende, zuverlässige Geschäftsführung, nicht beipflichten kann.

Der Königlich-Württembergische Herr Gesandte hat nicht nur in gedachter 33. Sitzung, in unmittelbarer Anwendung auf die dießseitige Erklärung, anmerken zu müssen geglaubt, daß Bundestagsgesandte nur ihren Regierungen für ihre Abstimmungen verantwortlich seyen,

sondern es ist auch in der 34. Sitzung nochmals Gelegenheit gefunden, das Gleiche, noch deutlicher, in der Art einfließen zu lassen:

daß Gesandte nur von ihren Regierungen Instructionen begehren und annehmen könnten, weil sie nur von diesen abhängig und nur ihnen verantwortlich seyen.

Der Königlich-Preussische Hof kennt zumohl die Grenzen seiner Befugnisse, als daß er eine solche Entstellung des Behaupteten, als diesen Aeußerungen zu Grunde gelegt wird, zugeben könnte.

Die Ansicht, die der dießseitige Hof zu erkennen gegeben hat, ist diese: daß die Frage über die Competenz in der vorgelegenen Beschwerdesache, nach den Gründen, welche wider dieselbe, in ihrem behaupteten Umfange, mit einer, jeder Wendung der Frage bereitwillig